

Luftsportclub Wuppertal e.V.

Mitglied des Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.



Satzung

Satzung des Luftsportclub Wuppertal

in der Neufassung vom 11.05.2007, redaktionell
geändert durch Vorstandsbeschluss vom 15.05.2007,
beides eingetragen im Vereinsregister am 06.06.2007,
zuletzt geändert durch Beschluss der
Hauptversammlung vom 01.03.2008, eingetragen ins
Vereinsregister am 04.08.2008.

Inhaltsübersicht

§ 1	Name und Sitz.....	2
§ 2	Zweck.....	2
§ 3	Geschäftsjahr.....	3
§ 4	Mitglieder.....	3
§ 5	Luftsportjugend.....	3
§ 6	Erwerb der Mitgliedschaft	3
§ 7	Verlust der Mitgliedschaft	4
§ 8	Rechte und Pflichten der Mitglieder	5
§ 8a	Haftungsbeschränkung	5
§ 9	Beiträge	5
§ 9a	Nutzungsentgelte.....	6
§ 9b	Versicherungumlage.....	6
§ 10	Organe des Vereins	6
§ 11	Mitgliederversammlung	6
§ 12	Vorstand.....	8
§ 13	Beirat.....	9
§ 14	Ausschüsse.....	9
§ 15	Datenschutz.....	9
§ 16	Auflösung des Vereins	11

§ 1 Name und Sitz

(1) Der Verein trägt den Namen Luftsportclub Wuppertal e.V. Er ist Mitglied des Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

(2) Sein Sitz ist Wuppertal.

(3) Er ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Wuppertal eingetragen.

§ 2 Zweck

(1) Der Luftsportclub Wuppertal e.V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(2) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Förderung des Luftsports (Modellflug, Segelflug, Motorflug und ähnliches) sowie die Fürsorge für die Jugend durch Ausbildung entsprechender technischer und fliegerischer Fertigkeiten.

(3) Der Verein ist selbstlos tätig unter Ausschluss jeder politischen und militärischen Tätigkeit; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er ist konfessionell neutral. Innerhalb des Vereins dürfen daher Belange politischer, parteipolitischer, militärischer und konfessioneller Art nicht behandelt werden.

(4) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in der Eigenschaft als solche keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Auslagenerstattungen oder Vergütungen begünstigt werden. Das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens oder der Auflösung des Vereins.

(5) Alle Träger von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen dürfen jedoch aufgrund eines Vorstandsbeschlusses steuerfreie Zahlungen im Sinne von § 3 Ziffern 26 und 26a des Einkommenssteuergesetzes an besonders engagierte Mitglieder geleistet werden; das gilt nur soweit der Verein zur Leistung wirtschaftlich in der Lage ist.

§ 3 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Mitglieder

(1) Der Verein besteht aus vorläufigen Mitgliedern, ordentlichen Mitgliedern und Ehrenmitgliedern.

(2) Vorläufige Mitglieder sind Mitglieder während der Probezeit nach § 6 Absatz 3.

(3) Ordentliche Mitglieder sind entweder aktive, passive oder fördernde Mitglieder.

(4) Aktive Mitglieder sind diejenigen, die den Luftsport aktiv betreiben. Aktiv Luftsport betreiben vor allem diejenigen, die sich einer Flugaus- oder Weiterbildung unterziehen, diejenigen, die als verantwortliche Luftfahrzeugführer vereinseigene Luftfahrzeuge oder solche Luftfahrzeuge führen, die von vereinseigenen Luftfahrzeugen geschleppt werden sowie aktiv eingeteilte Fluglehrer, Einweiser und Trainer.

(5) Passive Mitglieder betreiben den Luftsport im Verein nicht, vorübergehend nicht oder nicht mehr aktiv. Mitglieder betreiben den Luftsport vorübergehend nicht aktiv, wenn sie ausbildungs-, studiums- oder berufsbedingt für mindestens eine gesamte Flugsaison nicht am Flugbetrieb teilnehmen können. Das gleiche gilt für eine erkrankungsbedingte Verhinderung oder bei Ableistung des Wehr- oder Ersatzdienstes. Nicht mehr aktiv am Luftsport beteiligt sind diejenigen, die ihre Flug- oder technischen Lizenzen sowie alle sonstigen Vereinsfunktionen, die im Zusammenhang mit dem aktiven Flugbetrieb stehen, endgültig nicht mehr ausüben. Als passive Mitglieder gelten auch diejenigen Mitglieder, die ohne aktives Mitglied zu sein, den Flugbetrieb aktiv unterstützen. Den Flugbetrieb aktiv unterstützt vor allem jegliches aktiv eingeteilte Funktionspersonal wie Flug- oder Startleiter oder aktiv mit der Betreuung von

Vereinsluftfahrzeugen oder technischem Gerät betrautes technisches Personal.

(6) Fördernde Mitglieder betreiben selbst keinen Luftsport und unterstützen diesen auch nicht aktiv. Sie nehmen zwanglos am Vereinsleben teil und unterstützen den Verein materiell und ideell.

(7) Über den Wechsel in eine andere Mitgliedskategorie innerhalb der ordentlichen Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand auf Antrag des Mitglieds. Bei Versagung des Wechsels kann das Mitglied die Mitgliederversammlung anrufen. § 7 Absatz 4 Sätze 5 und 6 gelten entsprechend.

(8) Ehrenmitglieder können durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgrund besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden. Resultieren diese Verdienste aus Vorstandsarbeit (insbesondere der des 1. Vorsitzenden) kann die Mitgliederversammlung dem Ehrenmitglied das Recht zusprechen, sich als Ehrenvorsitzenden zu bezeichnen. Zu Ehrenmitgliedern können nur ordentliche Mitglieder ernannt werden.

(9) Die Mitglieder werden durch die Mitgliedschaft des Vereins in anderen Vereinen und Verbänden zugleich mittelbare Mitglieder des Deutschen Aero Clubs Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. sowie des Deutschen Aero Clubs e.V.

§ 5 Luftsportjugend

Die Jugendgruppe gibt sich ihre Jugendordnung selbst.

§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Die Eröffnung des Aufnahmeverfahrens setzt einen schriftlichen Antrag, gerichtet an den Vorstand, voraus. Über die vorläufige Aufnahme beziehungsweise Ablehnung des Antrages auf Aufnahme entscheidet der Vorstand. Im Falle der Ablehnung erfolgt eine schriftliche Mitteilung. Eine Angabe von Gründen ist nicht erforderlich.

(2) Der Vorstand soll den Aufnahmeantrag eines Minderjährigen ablehnen, sofern sich dessen gesetzliche Vertreter nicht in einer gesonderten, schriftlichen Urkunde dazu verpflichten, unmittelbar und selbstschuldnerisch für alle Forderungen des Vereins gegen den Minderjährigen, welche aus der Satzung begründet sind, zu haften, soweit sie entstanden sind, bevor das Mitglied volljährig geworden ist. Sollte diese Verpflichtung widerrufen werden oder aus einem anderen Grund ihre Wirksamkeit verlieren, ist der Vorstand berechtigt das Mitglied von der Mitgliederliste zu streichen.

(3) Die vorläufige Aufnahme erfolgt für eine Probezeit von mindestens 12 Monaten. Während der Probezeit haben die vorläufig aufgenommenen Mitglieder die Rechte und Pflichten nach § 8. Die endgültige Aufnahme als ordentliche Mitglieder erfolgt nach Ablauf der Probezeit durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Dabei ist es nicht erforderlich, dass das Mitglied bei der Beschlussfassung anwesend ist.

(4) Das vorläufig aufgenommene Mitglied erhält nach Entrichtung der Aufnahmegebühr ein Druckstück dieser Satzung sowie nach Zahlung des laufenden Monatsbeitrages einen Mitgliederausweis.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt

- durch Ablehnung der endgültigen Aufnahme durch die Mitgliederversammlung,
- durch freiwilligen Austritt,
- durch Streichung von der Mitgliederliste,
- durch Ausschluss sowie
- durch Tod des Mitglieds.

(2) Der freiwillige Austritt kann nur zum Halbjahresende erfolgen und ist dem Vorstand schriftlich mindestens acht Wochen vorher erklären. Zur Wahrung der Frist ist der rechtzeitige Zugang der Erklärung bei einem Vorstandsmitglied erforderlich.

(3) Ein Mitglied kann vom Vorstand von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung von fälligen Geldleistungen im Sinne der §§ 9, 9a und 9b im Rückstand ist. Die Streichung darf erst vollzogen werden, wenn seit Versendung des zweiten Mahnschreibens mindestens drei Monate verstrichen sind. Außerdem kann das Mitglied in den Fällen der §§ 6 Absatz 2 Satz 2 und 15 Absatz 7 Satz 2 von der Mitgliederliste gestrichen werden. Die Streichung ist dem Mitglied vom Vorstand vorher anzuzeigen. Die Anzeige ist entbehrlich, wenn das Mitglied unter der letzten bekannten Adresse nicht mehr erreichbar ist.

(4) Der Ausschluss kann durch Vorstandsbeschluss bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ausgesprochen werden, insbesondere wenn

- das Mitglied trotz vorangegangener Abmahnung und Aufforderung nicht bereit ist, die sich aus seiner Mitgliedschaft zum Verein ergebenden Verpflichtungen (vergleiche § 8 Absatz 5) zu erfüllen
- sich das Mitglied des Vereins als unwürdig erweist, insbesondere, wenn sein Verhalten geeignet ist dem Ansehen des Vereins oder des Deutschen Aero Clubs e.V. in der Öffentlichkeit ernstlich zu schaden sowie bei grob abfälligen Äußerungen über Vereinsmitglieder Dritten gegenüber
- das Mitglied gröblich gegen die Luftverkehrsregeln verstößt.

Durch Beschluss der Mitgliederversammlung kann der Vorstand angewiesen werden, den Ausspruch durchzuführen; der Beschluss muss eine Begründung enthalten. Dem auszuschließenden Mitglied ist vor Ausspruch des Ausschlusses Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Dazu sind dem Mitglied die vorliegenden Ausschlussgründe schriftlich vom Vorstand zu eröffnen. Das ausgeschlossene Mitglied hat das Recht, binnen zwei Wochen nach Ausspruch des Ausschlusses die Mitgliederversammlung anzurufen. Die Mitgliederversammlung, die vom Vorstand unter Mitteilung des Ausschlussverfahrens als Tagesordnungspunkt einzuberufen ist, entscheidet endgültig. Der Ausschluss wird wirksam mit Ablauf der Zwei-Wochen-Frist oder dem Beschluss der Mitgliederversammlung. Jeder Ausschluss eines

Mitgliedes wird dem Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen unter Angabe der Gründe, die zum Ausschluss führten, mitgeteilt.

§ 8

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Alle Mitglieder haben das Recht
 - die Einrichtung des Vereins zu nutzen,
 - an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen,
 - in und außerhalb von Versammlungen anderen Mitgliedern oder dem Vorstand Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten und
 - auf einer Mitgliederversammlung Anträge zu stellen und sachlich ihre Meinung zu äußern.
- (2) Stimmberechtigte Mitglieder haben darüber hinaus das Recht bei allen Wahlen und Abstimmungen mit ihrer Stimme mit zu entscheiden. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder, welche das 16. Lebensjahr vollendet haben und alle Ehrenmitglieder.
- (3) Passive ordentliche Mitglieder sind nicht berechtigt Tätigkeiten im Verein auszuüben, durch welche sie aktiv im Sinne von § 4 Absatz 4 Satz 2 am Flugbetrieb teilnehmen.
- (4) Alle Mitgliedschaftsrechte können nur persönlich ausgeübt werden.
- (5) Alle Mitglieder haben die Pflicht
 - den Verein jederzeit in seinen Bestrebungen und der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen,
 - die dem Verein aufgrund seiner Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit zu Vereinen und Verbänden obliegenden Verpflichtungen zu beachten beziehungsweise zu erfüllen,
 - allen satzungsmäßig begründeten Leistungspflichten, insbesondere denen der §§ 9, 9a und 9b unverzüglich und unaufgefordert nachzukommen,
 - eine Haftungsverzichtserklärung im Sinne des § 8a abzugeben sowie

- alle Einrichtungen und Eigentum des Vereins pfleglich zu behandeln und zu schonen.

§ 8a

Haftungsbeschränkung

(1) Die Mitglieder sind verpflichtet eine Haftungsverzichtserklärung abzugeben. Dabei verzichten sie gegenseitig und gegenüber anderen Mitgliedern des Deutschen Aero Club e.V. darauf gegeneinander Ansprüche, gleich aus welchem Rechtsgrund, geltend zu machen, die im Zusammenhang mit der Ausübung des Flugsports (Flugbetrieb, Bodenbetrieb) stehen, soweit diese nicht von einer bestehenden Versicherung gedeckt werden. Über den Umfang bestehender Versicherungen ist jedes Mitglied bei der Aufnahme und später auf dessen ausdrücklichen Wunsch oder bei erheblichen Veränderungen des Versicherungsschutzes detailliert zu informieren. Der Verzicht erstreckt sich auch auf Personen oder Stellen, die aus dem Schadensereignis selbst Ansprüche herleiten können. Der Verzicht gilt nicht für vorsätzliche Schädigungen. Er gilt ferner nicht soweit das schädigende Mitglied eine solche oder zumindest annähernd ähnlich weitgehende Haftungsverzichtserklärung nicht abgegeben haben sollte.

(2) Der Haftungsverzicht ist mit dem Aufnahmeantrag schriftlich zu erklären. Bei Minderjährigen sind die Unterschriften der gesetzlichen Vertreter beglaubigen zu lassen.

(3) Der Haftungsverzicht wird mit der vorläufigen Aufnahme wirksam.

(4) Im Falle des Widerrufs des Haftungsverzichts für die Zukunft oder bei Bekanntwerden der Unwirksamkeit des Verzichts verliert das Mitglied das Recht am Flug- und Bodenbetrieb des Vereins teilzunehmen.

§ 9

Beiträge

(1) Jedes Mitglied ist verpflichtet die Aufnahmegebühr zu entrichten, die Beiträge zu

leisten und Umlagen zu zahlen. Beiträge sind die Monatsbeiträge und Arbeitsstunden. Für nicht abgeleistete Arbeitsstunden ist eine Ersatzleistung in Geld zu erbringen. Die Monatsbeiträge sind monatlich im Voraus zu zahlen.

(2) Über die Höhe der Aufnahmegebühr sowie Art und Umfang der Beiträge sowie deren Ersatzleistungen entscheidet die Mitgliederversammlung. Umlagen können nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden und sind in der Höhe auf zwölf Monatsbeiträge bezogen auf den Zeitraum von 24 Monaten beschränkt.

(3) Ehrenmitglieder und Mitglieder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres sind von der Pflicht Beiträge und Umlagen zu leisten befreit.

(4) Aufnahmegebühr, Beiträge und Umlagen für Jugendliche in Ausbildung (beziehungsweise im Wehr- oder Ersatzdienst, sowie im Studium) bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres sind angemessen zu reduzieren. Das gilt nicht für die Beitragsform der Arbeitsstunden sowie deren Ersatzleistungen.

(5) Der Vorstand kann im Einzelfall auf Antrag aus dringenden sozialen oder wirtschaftlichen Gründen, die in der Person des Mitglieds liegen (zum Beispiel Arbeitslosigkeit), die Pflichten nach Absatz 1 angemessen reduzieren, stunden oder zeitweise ganz von der Beitragspflicht befreien.

§ 9a Nutzungsentgelte

(1) Jedes Mitglied ist verpflichtet für die Nutzung des Vereinseigentums Nutzungsentgelte zu entrichten, soweit die Nutzung nicht von den allgemeinen Beiträgen erfasst ist.

(2) Über die Höhe der Nutzungsentgelte, insbesondere die Fluggebühren, entscheidet die Mitgliederversammlung. § 9 Absatz 4 Satz 1 gilt entsprechend.

(3) Bei einer Erhöhung der den Nutzungsentgelten zugrunde liegenden Kosten ist der Vorstand berechtigt die betroffenen Nutzungsentgelte anzupassen. Diese Anpassung bleibt nur bis zur

nächsten Mitgliederversammlung wirksam. Sie ist den Mitgliedern mindestens durch Aushang im Vereinsheim anzuzeigen.

§ 9b Versicherungsumlage

(1) Jedes aktive Mitglied und jedes vorläufige Mitglied, welches aktiv im Sinne von § 4 Absatz 4 Satz 2 Luftsport im Verein betreibt, sind verpflichtet einen einmaligen Beitrag als Versicherungsumlage zu leisten. Die Umlage wird fällig, sobald das Mitglied erstmalig im Verein aktiv im Sinne von § 4 Absatz 4 Satz 2 den Luftsport betreibt.

(2) Über die Höhe des Beitrags entscheidet die Mitgliederversammlung. § 9 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 gelten entsprechend.

§ 10 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung,
- der Vorstand,
- der Beirat und
- die Ausschüsse.

§ 11 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins. Sie ist allein zuständig für

- die Feststellung und Änderung der Satzung (Satz 4 bleibt unberührt),
- die Ernennung von Ehrenmitgliedern (§ 4 Absatz 8),
- die endgültige Entscheidung im Ausschlussverfahren gegen ein Mitglied, sofern dieses die Mitgliederversammlung dazu angerufen hat (§ 7 Absatz 4 Satz 6),
- die Festsetzung der Aufnahmegebühr und der Beiträge nach § 9 Absatz 2 Satz 1 unter der Berücksichtigung von § 9 Absatz 4,

- die Erhebung von Umlagen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 unter Berücksichtigung von § 9 Absatz 4 und unter der Einschränkung von § 9 Absatz 2 Satz 2 2. Halbsatz,
- die Festsetzung der Nutzungsentgelte nach § 9a Absatz 2 unter Berücksichtigung des § 9a Absatz 2 Satz 2,
- die Festsetzung der Höhe der Versicherungumlage nach § 9b Absatz 2 unter Berücksichtigung und Einschränkung des § 9b Absatz 2 Satz 2,
- die Wahl (§ 11 Absatz 11 Satz 4) und die Entlastung der Kassenprüfer,
- die Wahl (§ 12 Absatz 7) unter Einschränkung des § 12 Absatz 9 Satz 1 und die Entlastung des Vorstandes (§ 11 Absatz 10)

sowie über alle sonstigen, grundsätzlichen Belange, die über rein geschäftsmäßige Angelegenheiten hinausgehen. Beschlüsse über Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, solche die den Zweck des Vereins oder dessen Vermögensverwendung betreffen, dürfen darüber hinaus erst nach Genehmigung durch das zuständige Finanzamt ausgeführt werden. Satzungsänderungen, die einen rein redaktionellen Inhalt haben, dürfen vom Vorstand ohne Beachtung der Mehrheitserfordernisse und ohne Zustimmung der Mitgliederversammlung vorgenommen werden.

(2) Die Mitgliederversammlung kann vom Vorstand jederzeit einberufen werden, soweit sich eine Notwendigkeit hierfür ergibt. Er hat jedoch einmal im Jahr eine Hauptmitgliederversammlung im Sinne von Absatz 10 einzuberufen. Außerdem muss er auf schriftlichen Antrag von zehn vom Hundert der Mitglieder die Mitgliederversammlung einberufen. Dabei sind dem Vorstand der beabsichtigte Zweck der Versammlung und die Gründe für die Einberufung anzugeben.

(3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich. Die elektronische Form, auch ohne den Einsatz einer qualifizierten Signatur nach dem Signaturgesetz, ist zulässig, soweit das betreffende Mitglied zugestimmt hat und dieses Einverständnis nicht schriftlich widerrufen wurde. Die Einberufung hat mindestens 14 Tage vor dem Termin der Mitgliederversammlung unter

Mitteilung der Tagesordnung zu erfolgen. Die Frist gilt durch fristgerechte Aufgabe zur Post beziehungsweise Absendung der elektronischen Nachricht an die letzte bekannte Adresse als gewahrt. Die Mitteilung der Änderung der postalischen oder elektronischen Erreichbarkeit des Mitglieds obliegt insoweit diesem selbst. Eine derart einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig.

(4) Die Tagesordnung ist vom Vorstand um solche Punkte zu ergänzen, die ihm mindestens eine Woche vor Versammlungsbeginn schriftlich zur Aufnahme benannt worden sind. Der Vorstand kann auch während der Versammlung weitere Tagesordnungspunkte zulassen. Die Zulassungsentscheidung kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung ersetzt werden. Eine Abstimmung über die Ergänzungstagesordnungspunkte nach den Sätzen 1 und 2 ist nicht zulässig. Die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung jederzeit möglich.

(5) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden oder vertretungsweise von einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Es hat die Versammlungsleitung vor der Wahl, zu der es selbst kandidiert, und vor der Abstimmung über die Entlastung seiner Person abzugeben. Die Versammlungsleitung soll vom Versammlungsleiter einem Ehrenvorsitzenden oder dem ältesten anwesenden Mitglied übertragen werden; sie darf nicht an einen Kandidaten übertragen werden. Im Zweifel entscheidet die Mitgliederversammlung – endgültig – per Beschluss. Wird der 1. Vorsitzende neu gewählt so erhält er anschließend die Versammlungsleitung. Ansonsten geht die Versammlungsleitung an den Versammlungsleiter zurück, der die Versammlung eröffnet hat.

(6) Jedes Mitglied hat das Recht sich zu allen Tagesordnungspunkten zu äußern. Der Versammlungsleiter wie auch die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder können jedoch die Redezeit allgemein und für jedes Mitglied in gleicher Weise begrenzen oder den Schluss der Debatte anordnen. Die Entscheidung des Versammlungsleiters kann durch Beschluss

der Mitgliedsversammlung aufgehoben oder abgeändert werden.

(7) Die Mitgliederversammlung beschließt, soweit in der Satzung für bestimmte Beschlüsse nicht eine andere Regelung getroffen ist, mit der einfachen Mehrheit der Stimmen der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder. Enthaltungen werden dabei nicht mitgerechnet. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. § 12 Absatz 7 Satz 3 bleibt unberührt.

(8) Abstimmungen und Wahlen werden grundsätzlich durch Handzeichen entschieden. Auf Antrag von zehn vom Hundert der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder wird jedoch eine geheime Abstimmung beziehungsweise Wahl durchgeführt. Der Vorstand kann dies stets, ein Kandidat für die Wahl desjenigen Postens verlangen, für den er kandidiert.

(9) Der Verlauf der Mitgliederversammlung ist in einem Ergebnisprotokoll zu dokumentieren. Insbesondere sind dort alle von der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse aufzunehmen. Das Protokoll ist neben dem Schriftführer von dem 1. Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

(10) Die Hauptmitgliederversammlung soll innerhalb der ersten beiden Monate des Geschäftsjahres stattfinden. Sie wählt den Vorstand, nimmt den Jahresbericht des Vorstandes und der Beiratsmitglieder entgegen und entschließt über die Entlastung des Vorstandes, einschließlich des Jugendleiters. Die Verantwortlichkeit des Jugendleiters gegenüber der Jugendgruppe bezüglich Geschäften, die ausschließlich in deren Geschäftskreis fallen, bleibt davon unberührt. Die Absätze 2 bis 9 gelten im Übrigen für die Hauptmitgliederversammlung entsprechend.

(11) Vor dem Termin der Hauptmitgliederversammlung haben zwei Kassenprüfer stichprobenweise die Hauptvereinskasse sowie alle Nebenkassen auf eine richtige und vollständige Buchführung zu prüfen und einen Bericht für die Mitgliederversammlung zu erstellen. Ihnen ist Einsicht in alle geforderten Unterlagen zu gewähren. Der Bericht soll auf der

Mitgliederversammlung vor der Abstimmung über die Entlastung des Vorstandes verlesen werden. Zum Kassenprüfer kann jedes volljährige ordentliche Mitglied oder Ehrenmitglied von der Mitgliederversammlung jeweils für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Es darf jedoch nicht Mitglied des Vorstandes oder des Beirates sein oder sonst mit der Abwicklung von Finanz- und Abrechnungsaufgaben des Vereins betraut sein. Eine unmittelbare Wiederwahl soll nicht stattfinden. Im Übrigen finden § 12 Absatz 7 Sätze 3 und 4 für die Wahl und § 12 Absatz 8 ergänzend bezüglich eines etwaig vorzeitigen Ausscheidens der Kassenprüfer entsprechende Anwendung. Die Haftungserleichterung des § 12 Absatz 6 gilt für die Kassenprüfer ebenfalls entsprechend.

§ 12 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus

- dem 1. Vorsitzenden,
- dem 2. Vorsitzenden,
- dem Schriftführer,
- dem Kassenwart und
- dem Jugendleiter.

(2) Den Vorstand im Sinne des § 26 BGB bilden der 1. Vorsitzende, der 2. Vorsitzende und der Jugendleiter. Jeweils zwei von ihnen vertreten den Verein gemeinschaftlich. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

(3) Der Vorstand entscheidet in allen ihm in der Satzung zugewiesenen Aufgaben und über alle Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.

(4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind. Bei Anwesenheit von nur drei Mitgliedern müssen die Beschlüsse einstimmig gefasst werden.

(5) Zu seinen Sitzungen hat der Vorstand die Referenten der Sachgebiete, aus denen Fragen zur Behandlung anstehen (Beirat), hinzuzuziehen. Beschlüsse ohne Mitwirkung des betreffenden Referenten, der dabei Stimmrecht hat, sind ungültig. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, sofern ein Referent nicht bestellt wurde.

(6) Die Vorstandsmitglieder haften dem Verein sowie den einzelnen Mitgliedern gegenüber nur für Schäden, gleich aus welchem Rechtsgrund, die auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind. Das gilt auch für das Verhalten von dessen Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen. § 8a bleibt unberührt.

(7) Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt; die Wahlen sollen geschlossen auf der Hauptmitgliederversammlung stattfinden. Wählbar ist jedes volljährige ordentliche Mitglied oder Ehrenmitglied; Wiederwahl ist zulässig. Kandidieren mehrere Mitglieder für einen Vorstandsposten, so ist derjenige gewählt, der die relativ meisten Stimmen auf sich vereint; bei Stimmgleichheit zweier Kandidaten findet eine Stichwahl statt. Sollte der Kandidat die Wahl nicht annehmen, so wird die gesamte Wahl wiederholt.

(8) Die Amtszeit beginnt mit der Annahme der Wahl und dauert unbeschadet der Möglichkeit einer früheren Abberufung aus wichtigem Grund oder dem freiwilligen Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ein Jahr. Das Vorstandsamt endet außerdem durch Tod oder den Verlust der Geschäftsfähigkeit. Nach dem Ablauf der Jahresfrist und soweit zumutbar auch nach dem freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt bleibt das alte Vorstandsmitglied jedoch kommissarisch bis zur Wahl eines neuen Vorstandsmitgliedes im Amt. Nach dem vorzeitigen Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes aus dem Amt soll für dieses unverzüglich eine Neuwahl für die verbleibende Amtszeit durchgeführt werden.

(9) Abweichend von Absatz 7 wird der Jugendleiter ausschließlich von den Mitgliedern der Jugendgruppe gemäß der Jugendordnung gewählt. Er muss bei Übernahme des Amtes volljährig sein. Eine Abberufung ist nur durch die Jugendgruppe gemäß der Jugendordnung möglich oder aus wichtigem Grund.

§ 13 Beirat

(1) Der Beirat berät den Vorstand. Ihm gehören an:

- der Referent für Motorflug,
- der Referent für den Reisemotorsegelflug,
- der Referent für Segelflug,
- der Referent für den Ultraleichtflug,
- der Referent für den Modellflug,
- der technische Leiter,
- der Cheffluglehrer,
- der Referent für Öffentlichkeitsarbeit,
- der Justiziar.

(2) Die Mitglieder des Beirats werden auf Vorschlag der Mitgliederversammlung beziehungsweise der betreffenden Mitgliedergruppen vom Vorstand ernannt. Der Cheffluglehrer wird von der Fluglehrerversammlung gewählt.

(3) Die Hauptmitgliederversammlung kann beschließen, dass ein Referentenposten für ein Jahr unbesetzt bleibt.

(4) § 12 Absatz 6 gilt entsprechend.

§ 14 Ausschüsse

Der Vorstand und die Mitgliederversammlung können zur Bewältigung von termingebundenen Aufgaben oder zur Lösung schwieriger Einzelfragen Ausschüsse einsetzen. Die Zahl ihrer Mitglieder soll drei oder fünf betragen. Sie sind dem Vorstand verantwortlich und lösen sich nach Erledigung der gestellten Aufgabe automatisch auf.

§ 15 Datenschutz

(1) Mit dem Beitritt eines Mitglieds nimmt der Verein seine Adresse, sein Alter, seinen Beruf und seine Bankverbindung auf. Verfügt das aufgenommene Mitglied über fliegerische oder luftfahrttechnische Lizenzen oder Berechtigungen oder erwirbt es sie während der Vereinszugehörigkeit, so werden diese ebenso so erhoben wie Angaben über die fliegerische Tauglichkeit. Ebenso werden alle Daten erhoben, die darüber hinaus erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße fliegerische oder

luftfahrttechnische Aus- und Weiterbildung durchzuführen. Außerdem werden alle vom Mitglied auf beziehungsweise mit Hilfe von vereinseigenen Flugzeugen durchgeführten Flüge erhoben. Diese Informationen werden je nach Erfordernis in dem vereinseigenen EDV-System sowie in den EDV-Systemen der Vorstandsmitglieder und des Cheffluglehrers gespeichert. Der Vorstand kann außerdem einzelnen weiteren Vereinsmitgliedern zur Erfüllung vereinsinterner Aufgaben für die Dauer der Tätigkeit die Speicherung von Daten auf dem privaten EDV-System erlauben. Außerdem werden die Daten auf einem zentralen Server gespeichert. Die personenbezogenen Daten werden dabei durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.

(2) Sonstige Informationen und Informationen über Nichtmitglieder werden von dem Verein grundsätzlich intern nur verarbeitet, wenn sie zur Förderung des Vereinszweckes nützlich sind (zum Beispiel Speicherung von Telefon-, Faxnummern und E-Mail-Adressen einzelner Mitglieder) und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Verarbeitung entgegensteht.

(3) Als Mitglied des Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Friedrich-Alfred-Str. 25, 47055 Duisburg ist der Verein verpflichtet, seine Mitglieder an den Verband zu melden. Übermittelt werden dabei nur solche Daten, welche für eine ordnungsgemäße Mitgliederverwaltung erforderlich sind. Der Verein meldet außerdem jegliche Vereinsausschlüsse unter Angabe der Gründe, die zum Ausschluss geführt haben, an den Verband (vergleiche auch § 7 Absatz 4 Satz 7). Bei Mitgliedern, welche besondere Funktionen im Verein gerade für oder zumindest auch für den Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ausführen, wie zum Beispiel Fluglehrer als Personal des Ausbildungsbetriebes des Deutschen Aero Clubs Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. oder technisches Personal als Mitglieder des luftfahrttechnischen Betriebes des Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., werden alle erforderlichen weiteren Daten erhoben und übermittelt, die für eine korrekte Leitung des Ausbildungsbetriebes beziehungsweise des

luftfahrttechnischen Betriebes erforderlich sind, insbesondere auch, diejenigen, die gesetzlich erforderlich sind.

(4) Der Verein informiert gegebenenfalls die Tagespresse, Fachzeitschriften sowie Radio- und Fernsehanstalten über Jubiläen, herausragende sportliche Leistungen oder besondere Verdienste, die sich ein Mitglied um den Verein oder den Sport gemacht hat. Solche Informationen werden überdies auf der Homepage des Vereins veröffentlicht. Das einzelne Mitglied kann jederzeit gegenüber dem Vorstand einer solchen Veröffentlichung widersprechen. Im Falle des Widerspruches unterbleiben in Bezug auf das widersprechende Mitglied weitere Veröffentlichungen. Personenbezogene Daten des widersprechenden Mitglieds werden von der Homepage des Vereins entfernt.

(5) Der Vorstand macht besondere Ereignisse des Vereinsleben, insbesondere sportliche Erfolge, Ehrungen, erfolgreich absolvierte Ausbildungsabschnitte oder Prüfungen sowie den Erwerb zusätzlicher fliegerischer oder technischer Lizenzen oder Berechtigungen sowie Feierlichkeiten am Schwarzen Brett, in der Vereinszeitung und im geschützten Mitgliederbereich der Homepage des Vereins bekannt. Dabei können personenbezogene Mitgliederdaten veröffentlicht werden. Das einzelne Mitglied kann jederzeit gegenüber dem Vorstand einer solchen Veröffentlichung widersprechen. Im Falle des Widerspruches unterbleibt in Bezug auf das widersprechende Mitglied eine weitere Veröffentlichung am Schwarzen Brett, in der Vereinszeitung oder im geschützten Mitgliederbereich der Vereinshomepage.

(6) Mitgliederverzeichnisse dürfen im geschützten Mitgliederbereich veröffentlicht werden. Widerspricht ein Mitglied der Veröffentlichung, so unterbleibt in Bezug auf das widersprechende Mitglied eine weitere Veröffentlichung. Vollständige Mitgliederverzeichnisse werden nur an Vorstandsmitglieder und sonstige Mitglieder ausgehändigt, die im Verein eine besondere Funktion ausüben, welche die Kenntnis der Mitgliederdaten erfordert. Macht ein Mitglied geltend, dass er die vollständige Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner satzungsmäßigen Rechte benötigt, händigt der Vorstand die Liste nur gegen

die schriftliche Versicherung aus, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden.

(7) Der Erhebung und Verarbeitung solcher Daten, die für die ordnungsgemäße Durchführung einer fliegerischen Aus- und Weiterbildung notwendig sind, insbesondere um gesetzlichen Vorschriften nachzukommen, kann nicht widersprochen werden. Widerspricht das Mitglied der Erhebung oder Verarbeitung von Daten, die für die ordnungsgemäße Mitgliederverwaltung erforderlich sind, kann das entsprechende Mitglied von der Mitgliederliste gestrichen werden.

(8) Beim Austritt werden alle erhobenen Daten des Mitglieds aus der Mitgliederliste gelöscht. Personenbezogene Daten des austretenden Mitglieds, die die Kassenverwaltung betreffen, werden gemäß den steuergesetzlichen Bestimmungen bis zu zehn Jahre ab der schriftlichen Bestätigung des Austritts durch den Vorstand aufbewahrt.

§ 16 Auflösung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur von zwei aufeinander folgenden Mitgliederversammlungen beschlossen werden. Zwischen ihnen muss ein Zeitraum von mindestens einem Monat und höchstens drei Monaten liegen. Für die Beschlussfassung über die Auflösung ist in beiden Versammlungen eine Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

(2) Im Falle der Auflösung des Vereins nach Absatz 1, bei Amtsauflösung, bei Verlust der Rechtsfähigkeit aus sonstigem Grund sowie bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Deutschen Aero Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Besteht dieser nicht mehr oder erfüllt auch dieser nicht mehr das Merkmal der Gemeinnützigkeit, so entschließt die zweite Mitgliederversammlung über die Verwendung des Vereinsvermögens. Dieses soll einer als steuerbegünstigt besonders anerkannten Körperschaft mit der Maßgabe übertragen werden, es für die Zwecke des § 2 dieser Satzung zu

verwenden. Der Beschluss über die Verwendung des Vereinsvermögens darf erst nach Genehmigung durch das zuständige Finanzamt ausgeführt werden.

(3) Sofern durch die zweite Mitgliederversammlung nichts Abweichendes bestimmt wird, sind die Mitglieder des letzten Vorstandes nach § 12 Absatz 2 die Liquidatoren. Die Vertretungsbefugnis des § 12 Absatz 2 Satz 2 und die Haftungserleichterung des § 12 Absatz 6 gelten entsprechend.